

1. Änderung des Einbürgerungssystems

Das Einbürgerungsverfahren muss besser werden, das Geburtsortsprinzip ohne Optionsregelung ist unser Ziel. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen, deren Eltern dauerhaft im Land wohnen, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Migrant*innen sollen nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben und das Wahlrecht wahrnehmen können. Außerdem wollen wir Legalisierungsprogramme für Menschen ohne Aufenthaltstitel schaffen und unsichere Aufenthaltstitel wie Kettenduldungen unbürokratisch in dauerhafte Bleibeperspektiven umwandeln.

2. Stärkung der Migrantenorganisationen

Als LINKE treten wir dafür ein, dass alle Menschen gleichermaßen gesellschaftlich dazugehören und teilhaben. Dazu gehört ganz zentral die stärkere und finanzielle Unterstützung migrantischer Selbstorganisationen, auch im Bereich Ehrenamt und Freiwilligendienste. Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen wollen wir durch ein Demokratiefördergesetz stärker und endlich dauerhaft fördern.

3. Einführung eines Bundespartizipationsgesetzes

Wir wollen ein Partizipationsgesetz, damit es endlich einen echten Hebel gibt, dem Ausschluss und Diskriminieren von Menschen mit Rassismuserfahrung entgegenzuwirken. Zu den nötigen Instrumenten gehören aus unserer Sicht eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationserbe in der öffentlichen Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einbezogen wird. Hier ist für uns als LINKE zentral, dass migrantische Selbstorganisationen Teil des Partizipationsrats sind. Wir fordern, dass eine Enquetekommission eingesetzt wird, die den Bundestag bei der Umsetzung der Forderungen aus dem NSU-Ausschuss sowie dem UN-Antirassismus-Ausschuss (ICERD) berät. Die Zuständigkeit für Migrations- und Integrationsfragen muss dem Bundesinnenministerium entzogen werden, weil diese Themen dort offenkundig nicht gut aufgehoben sind, sondern viel zu einseitig und repressiv bearbeitet werden. Wir fordern ein Bundesministerium für Migration und Partizipation, was dann auf parlamentarischer Ebene von einem entsprechenden Ausschuss begleitet werden muss.

*Doris Achelwilm, Spitzenkandidatin der Bremer LINKEN zur Bundestagswahl 2021,
Direktkandidatin für den Wahlkreis 55 (Bremen II - Bremerhaven)*